

Der Schlüssel zur Schweizer Stiftung für Solidarität liegt in Auschwitz

Autor(en): **Haering, Barbara**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 3

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341341>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Schlüssel zur Schweizer Stiftung für Solidarität liegt in Auschwitz

Auschwitz

Juli 1997: OSZE-Konferenz in Warschau; ich fliege über Polen. «Auschwitz liegt schliesslich nicht in der Schweiz» meinte Bundesrat Delamuraz Ende letzten Jahres, eine kollektive Unschuld unseres Landes beschwörend. Im Nebel und Regen liegt Auschwitz jetzt unter mir. Und

Barbara Haering

doch offenbart sich Auschwitz auch in der Schweiz. *Ohne Auschwitz gäbe es keine Schweizer Stiftung für Solidarität*, denn ohne Auschwitz liesse sich keine hinreichende emotionale, intellektuelle und politische Begründung für die Schaffung einer neuen Stiftung mit einem derart umfassenden und anspruchsvollen Stiftungszweck finden. Es wären genügend andere Wege und Instrumente vorhanden, um die Solidarität des Bundes nach innen wie auch nach aussen zu manifestieren, wenn es nicht darum ginge, mit mehr als 50 Jahren Verspätung, Schritte aus unserer Mitverantwortung für den Zweiten Weltkrieg und hin zu einer besseren Zukunft zu machen.

Dies gilt es zu bedenken, wenn die Idee der Solidaritätsstiftung nun plötzlich von verschiedener Seite nur noch als Erneuerung der humanitären Tradition der Schweiz im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 1998 präsentiert wird. Soll da nicht einmal mehr – bewusst, wie auch unbewusst – die Erinnerung an den Zweiten

Weltkrieg und an die Rolle der Schweiz in jenen Jahren und danach ausgeblendet werden? Diese Strategie hat System: In der Schweiz darf es keine Brüche geben. Neues kann politisch nur dann Mehrheiten finden, wenn es als Weiterentwicklung des Bisherigen verkauft werden kann. Fehler haben wir in der Schweiz schliesslich nie gemacht. Deshalb muss die Stiftung für Solidarität von den Bürgerlichen als Fortsetzung einer positiven Schweizer Tradition uminterpretiert werden. Als Konsequenz der Mitverantwortung der offiziellen Schweiz für die Schrecken des Zweiten Weltkrieges deklariert, wäre sie zu gefährlich. Dieses Mahnmal muss vermieden werden, denn es würde die Grundlage der bürgerlichen Hegemonie auch der Nachkriegszeit in Frage stellen. Dieser Bruch darf nicht geschehen. Es scheint, als ob der von allen Seiten bedrängte Bundesrat dies im letzten Frühling nur für einen kurzen Moment vergessen hätte.

Vor diesem Hintergrund wäre es verhängnisvoll, wenn nun auch die Linke – vordergründig zwar wohlmeinend abstimmungstaktisch argumentierend und damit auf den Druck Blochers reagierend – die Erinnerung an Holocaust und Shoa zu verdrängen und den Rückbezug der Solidaritätsstiftung zum Zweiten Weltkrieg ihrerseits auszublenden versuchte. Wir würden dadurch ebenfalls dazu beitragen, dass die Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg einmal mehr im Sande verlaufen kann. Im Ge-

**Die
Solidaritätsstiftung
darf kein Alibi für
den Sozialabbau
sein.**

genteil: «Zukunft schaffen heisst sich erinnern» (J. Picard). Mit anderen Worten: Ausgehend von den grausamen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs will die Schweiz mit dieser Stiftung für Solidarität einen Beitrag leisten zu einer gesellschaftlichen Entwicklung, die Gleiches nicht mehr möglich werden lässt. Und dies explizit im Wissen um die Mitverantwortung der Schweiz für die Schrecken von Auschwitz, Birkenwald und andernorts, im Gedenken an die Opfer von Holocaust und Shoa und als Dank für das Verschontbleiben der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Im übrigen dürfte die Strategie des Ausblendens dieses Rückbezugs auf den Zweiten Weltkrieg selbst abstimmungstaktisch unwirksam sein, da dieser Rückbezug von Blocher und seinen Leuten zum Hauptargument gegen die Stiftung erhoben und damit sowieso zentrales Diskussionsthema sein wird.

Keine soziales Alibi

Sieben Jahre Krise, 200'000 Erwerbslose, akuter Lehrstellenmangel, Kürzungen der Sozial- und Bildungsbudgets – kein Wunder, wenn sich der Bundesrat die Frage gefallen lassen muss, wo denn seine Solidarität in all diesen Jahren blieb. Kein Wunder, wenn KritikerInnen befürchten, dass der Sozialstaat mit seinen sozialen Rechten und Pflichten durch das Alibi eines Fürsorgekässelis ersetzt werden soll. Und nicht erstaunlich, wenn breite Bevölkerungskreise, die unter der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Land selber leiden, wenig Verständnis für ein verstärktes Engagement des Bundes im Ausland haben. Für die Linke steht deshalb fest, dass die Solidaritätsstiftung keinerlei sozial-, bildungs- oder regionalpolitische Verpflichtungen von Bund, Kantonen und Gemeinden ersetzen oder aktuelle humanitäre Hilfe substituieren darf. Sie darf nicht als Alibi

für einen weiteren Sozialabbau in den ordentlichen Budgets der öffentlichen Hand missbraucht werden. Im Gegenteil: Die Idee der Schweizer Stiftung für Solidarität stellt die *politische Verpflichtung dar, in unserem Land keinen weiteren Sozialabbau zu betreiben* oder zu dulden. Und sie ist gleichzeitig der *Beweis, dass unser Land sich dies auch leisten kann*. Dass die Nationalbank ihr Vermögen im Interesse unserer Bevölkerung effizienter anlegen und bewirtschaften muss, entspricht einer alten Forderung der SP.

Solidarität

Meine bisherigen Ausführungen machen deutlich, in welchem Rahmen und mit welchen Abgrenzungen meines Erachtens die Stiftung für Solidarität ihr Profil finden muss: Sie soll die Solidaritätsbereitschaft der Schweiz im Inland wie im Ausland in jenen Dimensionen verstärken, die spezifisch mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zu tun haben.

- Die Solidaritätsstiftung soll Wachsamkeit gegen jeden Anfang von Intoleranz, Rassismus und gesellschaftlicher Ausgrenzung signalisieren, entsprechende Prävention leisten und Erinnerungsarbeit im Hinblick auf Verständigung und Versöhnung unterstützen.
- Sie soll interkulturelle und interreligiöse Begegnung, Toleranz und Koexistenz fördern. D.h.: Augen und Ohren öffnen, damit sich die Herzen öffnen.

Zum Beispiel:

- die NIF (New Israel Foundation), welche innerhalb Israels die israelisch-arabische, bzw. jüdisch-christlich-islamische, das heisst interreligiöse und interkulturelle Koexistenzförderung betreibt,
- Projekte zur interkulturellen/interreligiösen Verständigung von Flüchtlingsgruppen (z.B. SerbInnen/BosnierInnen) in Bosnien/Herzegowina, wie auch in der Schweiz.

- Sie soll einen Beitrag leisten zur verbesserten Teilhabe ausgegrenzter Menschen am gesellschaftlichen Prozess.

Zum Beispiel:

- Impulsprojekte für regionale und soziale Randzonen (z.B. kulturelle und soziale Stärkung des Kreises Zürich 5 nach Auflösung der Drogenszene im Letten),
 - Projekte zur Stärkung der Kultur und der Selbstachtung von Sinti und Roma.
- Sie soll Opfer von Ausbeutung, Rassismus, Antisemitismus und Not unterstützen, indem sie deren Würde, Selbstachtung und Selbsthilfepotential stärkt.

Zum Beispiel:

- Unterstützung der von tschetschenischen Frauen geplante, internationale Frauenkonferenz in Grosny zur Frage der Rolle der Frauen beim Wiederaufbau Tschetscheniens,
 - Betreuung von Folter- und Vergewaltigungsopfern – und ihren Kindern – in Krisengebieten sowie in ihren Zufluchtsländern,
 - Indianerprojekte in Nord- und Südamerika.
- Und sie soll zur Ablösung sozialer Traumatisierungen beitragen, indem erstens die Wahrnehmung sozialer Traumatisierungen gefördert, zweitens das Selbsthilfepotential entsprechend traumatisierter Menschen unterstützt wird und indem drittens traumatisierende Verhältnisse eliminiert werden.

Zum Beispiel:

- Resozialisierung von Soldaten in Nachkriegs-Situationen,
- Unterstützung von Kriegsopfern und ihren Angehörigen im Rahmen von Kriegsverbrecher-Tribunalen.

Partnerschaft

Solidarität bedeutet partnerschaftliches Fühlen, Denken und Handeln. Ohne einen partnerschaftlichen Ansatz verkommt solidarischer Handeln rasch zur anwaltschaftlichen Fürsorge. Ich schlage deshalb vor, dass bei der Umsetzung der

oben skizzierten Ziele der Solidaritätsstiftung in konkrete Projekte das *Prinzip der Partnerschaft als Leitgedanke* dienen soll. Diese «Holding-Idee» der Partnerschaft schafft gleichermaßen Identität für die Stiftung und ihre Aktivitäten wie auch Raum für vielfältige Einzelprojekte. Partnerschaften unter Gemeinden, Regionen, Gruppen, NGO; Partnerschaften im Inland, wie auch mit dem Ausland. Mit diesem Vorschlag führe ich einen Gedanken von Adolf Muschg weiter, der als Klammerfunktion für die Solidaritätsstiftung die Idee der Gemeindeperschaft formulierte.

Neben diesen inhaltlichen Zielsetzungen muss die Solidaritätsstiftung aber auch methodische Projektkriterien definieren. Sie soll insbesondere Unterstützung nur gewähren für *ausgewiesene Projekte und Organisationen*:

- welche sich durch besondere menschliche Zivilcourage auszeichnen,
- deren Arbeit eine nachhaltige Wirkung garantiert,
- welche Netzwerke von Organisationen und Projekten in den unterstützten Bereichen aufbauen und deren Vernetzungen im lokalen, nationalen oder internationalen Rahmen einen Erfahrungstransfer sowie eine entsprechende Ausstrahlung garantieren und
- deren Controlling und Evaluation gewährleistet werden kann.

Mit dieser Aufgabenumschreibung wird im übrigen auch deutlich, dass die Stiftung nicht selber auf der operationellen Ebene aktiv werden, sondern vielmehr mit bereits bestehenden oder sich neu bildenden Organisationen und Behörden zusammenarbeiten soll.

Solidarität, Soldat, Solidus

Der Begriff «Solidarität» hat seine Wurzel im römischen «solidus» – der vom römi-

Das Prinzip der Partnerschaft muss der Leitgedanke der Stiftung sein.

schen Kaiser geprägten Goldmünze, welche den «Sold» seiner persönlichen Leibgarde, das heisst seiner «Soldaten» darstellte und durch ihren «soliden» Wert deren Treue garantieren sollte. Der Ausdruck «Solidarität» ist somit unmittelbar mit dem Begriff des «Soldaten» und mit Gold verbunden. Mit anderen Worten: Dass die Solidaritätsstiftung durch die Aufwertung der Goldreserven der Nationalbank finanziert werden soll, ist schon mehr als symbolisch!

Der vorgeschlagene Finanzierungsmodus der Solidaritätsstiftung lässt sich allerdings auch ohne mythischen Rückbezug begründen. Unabhängig von den detaillierten Abklärungen, welche die unabhängige Historikerkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg in den kommenden Jahren vornehmen wird, steht heute bereits fest, dass die Politik der Nationalbank in und nach dem Zweiten Weltkrieg dunkle Seiten aufweist. Dass die Nationalbank einen namhaften Beitrag zu einer solidarischeren Zukunft unseres Landes leistet, ist somit richtig und wichtig. Als gemeinsamer Nenner aller Parteien scheint sich dabei der Grundsatz herauszukristallisieren, wonach das aufgewertete Gold selber im Besitze der Nationalbank bleiben soll. Das heisst, es sollen nur die Erträge der Aufwertung der Stiftung zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig ist daran zu erinnern, dass die für die Solidaritätsstiftung bestimmten Gelder lediglich einen kleinen Teil der gesamthaft neu zu erwirtschaftenden und im Interesse unserer Bevölkerung einzusetzenden Nationalbankerträge ausmachen werden.

Ausgehend von der Grundidee der Schweizer Stiftung für Solidarität («Lernen aus der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und Bedingungen schaffen, dass Gleiches nie wieder geschehe»), ist im weiteren die Forderung aufzustellen, dass auch die Schweizer Privatwirtschaft und

dabei insbesondere die Schweizer Banken diese Stiftung finanziell mittragen. Die Begründung für diese Beteiligung der Privatwirtschaft an der Stiftung für Solidarität leitet sich unmittelbar ab aus dem Verständnis unserer Gesellschaft als *generationenübergreifende Solidargemeinschaft*, das heisst als Vorteils- und Nachteilsgemeinschaft sowie als *Traditions- und Wertegemeinschaft*, wobei nicht nur die einzelnen Individuen den gemeinsamen Grundüberzeugungen verpflichtet sind, sondern die Wirtschaft gleichermassen als Teil dieser Gesellschaft zu betrachten ist. Im übrigen ist diese Beteiligung der Privatwirtschaft an der Solidaritätsstiftung durchaus auch in Symmetrie zur Einlage der Nationalbank in den Holocaust-Fonds zu sehen, dessen Aufgabe bei der individuellen Opferhilfe liegt.

Verantwortung heute

Zum Schluss: Die Schweiz blieb im Zweiten Weltkrieg verschont. Nicht nur von den Schrecken des Krieges – auch von der moralischen Prüfung im Ernstfall. Die Frage, ob Auschwitz auch in der Schweiz hätte sein können, kann weder verneint, noch bejaht werden. Weder kollektive Schuld, noch kollektive Unschuld der Aktivdienstgeneration von damals stehen somit zur Debatte. *Die Frage unserer gemeinsamen Verantwortung stellt sich vielmehr heute und sie stellt sich generationenübergreifend.* Sie stellt sich im Ausmass unserer Bereitschaft, die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg neu zu erörtern und sie stellt sich in der Art und Weise, wie wir daraus Konsequenzen für unsere Politik von heute und morgen ziehen. Die Einrichtung der Schweizer Stiftung für Solidarität ist eine dieser Konsequenzen.

Barbara Haering ist Generalsekretärin der SP Schweiz und Nationalrätin.